

## **Bilanz**

# **Zwei Jahre nach dem „Flüchtlingssommer“ – Wo stehen wir heute?**

**Eine Expertise für den Mediendienst Integration**

*von Dr. Olaf Kleist und Ina Göken, IMIS Osnabrück*

**August 2017**

<b>Einleitung .....</b>	<b>2</b>
<b>Wie haben sich die Asylzahlen seit 2015 entwickelt? .....</b>	<b>3</b>
<b>Wie ist die Unterbringungs- und Wohnsituation von Flüchtlingen? .....</b>	<b>8</b>
<b>Wie finden Flüchtlinge Zugang zum Bildungssystem? .....</b>	<b>13</b>
<b>Wie ist die Situation von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt? .....</b>	<b>19</b>
<b>Fazit .....</b>	<b>24</b>

## **EINLEITUNG**

Als Angela Merkel Ende August 2015 in einer Pressekonferenz erklärte "Wir schaffen das, und dort, wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden, muss daran gearbeitet werden", war kaum jemandem bewusst, wie dieser Weg aussieht und welche Hürden mit ihm einhergehen würden. Im Sommer 2015 war noch nicht abzusehen, wie sich die Zahlen von ankommenden Asylsuchenden entwickeln, wie Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Schulen und Hochschulen auf die Flüchtlinge reagieren würden.

Seit einigen Jahren gibt es in der deutschen Gesellschaft wichtige Entwicklungen aber auch Rückschritte im Bemühen, die Integration und gesellschaftliche Teilhabe von Migranten und deren Nachfahren zu verbessern. Auch die Forschung hat sich in vielen Studien vermehrt diesen Themen gewidmet.

Im Folgenden werden wir die Entwicklungen seit 2015 und den aktuellen Stand der Integration von Flüchtlingen in diesen Bereichen beleuchten. Dabei sollen wichtige Maßnahmen, aber auch bestehende Herausforderungen hervorgehoben werden. Als ein Blick auf die Landkarte „Integration“ mag dies einen Eindruck vermitteln, wo wir auf dem 2015 von Angela Merkel prophezeiten Weg stehen.

## WIE HABEN SICH DIE ASYLZAHLEN SEIT 2015 ENTWICKELT?

### Global

Mit rund 65,6 Millionen gab es weltweit im vergangenen Jahr laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) so viele Vertriebene wie noch nie seit Beginn der statistischen Erhebungen in den 1990er Jahren. Zwei Drittel der Vertriebenen flüchten innerhalb ihres Herkunftslandes. Und von denjenigen, die Schutz in anderen Ländern suchen, bleiben 85 Prozent im Globalen Süden, meist in den Herkunftsregionen. Nur vergleichsweise wenige wandern weiter nach Europa.<sup>1</sup>

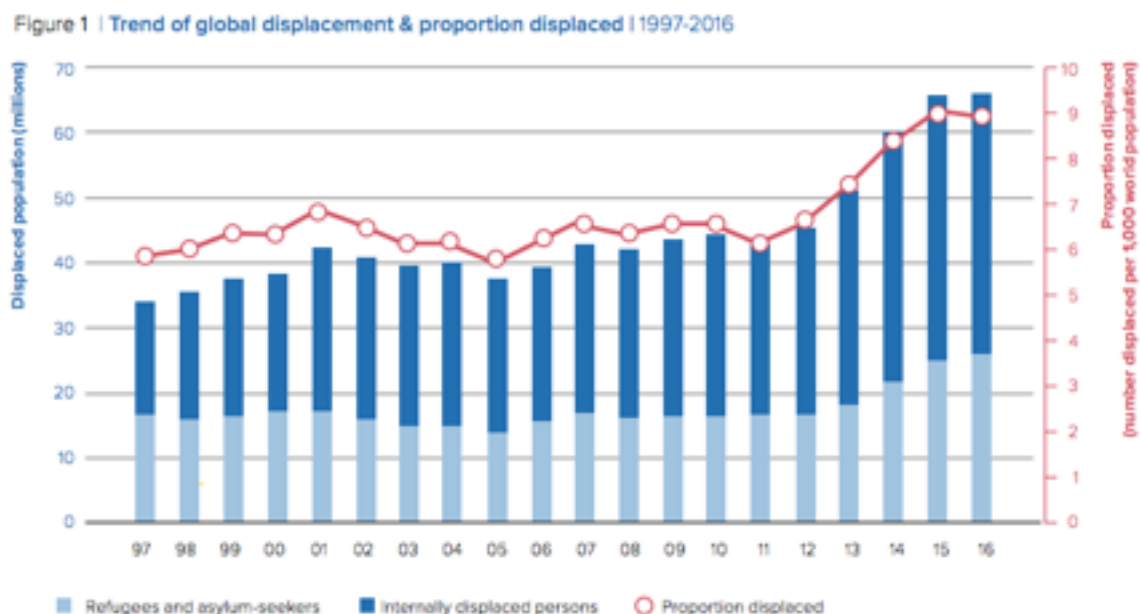


Abbildung 1: UNHCR: Global Trends Report 2016, S. 6

### Europa

Im Jahr 2015 erreichte die Zahl der Asylsuchenden in Europa mit über einer Million einen Höhepunkt, sank im folgenden Jahr jedoch um mehr als die Hälfte. Der abnehmende Trend setzte sich auch in den ersten sechs Monaten 2017 fort. Dies geht einher mit einer Verlagerung der Migrationsroute von der Ägäis zum zentralen Mittelmeer und einer veränderten Zusammensetzung der wichtigsten Herkunftsländer. Während Griechenland einen drastischen Rückgang der Ankünfte verzeichnet (von 860.000 im Jahr 2015 auf 4.400 in

<sup>1</sup> UNHCR: Global Trends 2016, Genf: 2017.

den ersten fünf Monaten diesen Jahres), war in Italien im gleichen Zeitraum ein Anstieg an Ankünften zu beobachten. Insgesamt gab es im ersten Halbjahr 2017 etwas über 100.000 Ankünfte in Europa. Das wäre keine sehr hohe Zahl, würde innerhalb der EU das Solidaritätsprinzip bei der Aufnahme von Geflüchteten funktionieren.<sup>2</sup>

## Deutschland

Laut amtlicher Asylstatistik wurden in Deutschland 2016 die meisten neuen Asylanträge gestellt, mit 722.000 fast doppelt so viele wie 2015.<sup>3</sup> Dies liegt daran, dass wegen der Auslastung von Behörden Asylanträge erst nach monatelanger Verzögerung offiziell gestellt werden konnten. Damit erschienen sie verspätet in der Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die überwiegende Mehrheit der Antragsteller erreichte Deutschland bereits 2015 – rund 890.000 kamen in dem Jahr neu an.<sup>4</sup> Das Bundesinnenministerium musste seine Prognosen in dem Jahr mehrfach korrigieren. Letztlich waren es mehr als viermal so viele wie 2014. Vielmehr als die Gesamtzahl war es dieser rasante und unerwartete Anstieg der Ankunftsahlen, der die deutsche Politik und Gesellschaft vor neue Herausforderungen stellte.

2016 ist die Zahl der in Deutschland neu ankommenden Asylsuchenden wieder drastisch gefallen, auf rund 280.000.<sup>5</sup> Im ersten Halbjahr 2017 ist die Zahl der in Deutschland neu registrierten Asylsuchenden gegenüber dem Vorjahreszeitraum zuvor nochmals um etwa die Hälfte gesunken.

Laut BAMF waren Ende Juni 2017 weniger als 130.000 Asylverfahren anhängig – ein halbes Jahr zuvor waren es noch drei Mal so viele.<sup>6</sup> Dies ist auch durch eine Differenzierung in den Asylverfahren möglich gewesen, etwa durch die Ausweitung sicherer Herkunftsstaaten auf Länder des Balkans, die Unterscheidung guter und schlechter Bleibeperspektive und eine Prozessoptimierung in den Behörden. Dies hat die Bearbeitungszeiten für manche Asylbewerber verlängert, für viele sehr verkürzt, generell die Qualität der Verfahren und Entscheidungen jedoch massiv beeinträchtigt.

---

<sup>2</sup> International Organisation for Migration (IOM): Mixed Migration Flows in the Mediterranean. Compilation of Available Data and Information, June 2017, [http://migration.iom.int/docs/Monthly\\_Flows\\_Compilation\\_Report\\_June\\_2017.pdf](http://migration.iom.int/docs/Monthly_Flows_Compilation_Report_June_2017.pdf). Geprüft 2.8.2017.

<sup>3</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Bundesamt in Zahlen 2016, [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2016-asyl.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2016-asyl.pdf?__blob=publicationFile). Geprüft 2.8.2017.

<sup>4</sup> Bundesministerium des Innern (BMI): 890.000 Asylsuchende im Jahr 2015, Pressemitteilung, 30.9.2017, <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/09/asylsuchende-2015.html>. Geprüft 2.8.2017.

<sup>5</sup> Bundesministerium des Innern (BMI): 280.000 Asylsuchende im Jahr 2016, Pressemitteilung, 11.1.2017, <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/01/asylantraege-2016.html>. Geprüft 2.8.2017.

<sup>6</sup> BAMF: Asylgeschäftsstatistik (01-06/17), [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/hkl-antrags-entscheidungs-bestandsstatistik-kumuliert-2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/hkl-antrags-entscheidungs-bestandsstatistik-kumuliert-2017.pdf?__blob=publicationFile). Geprüft 2.8.2017.

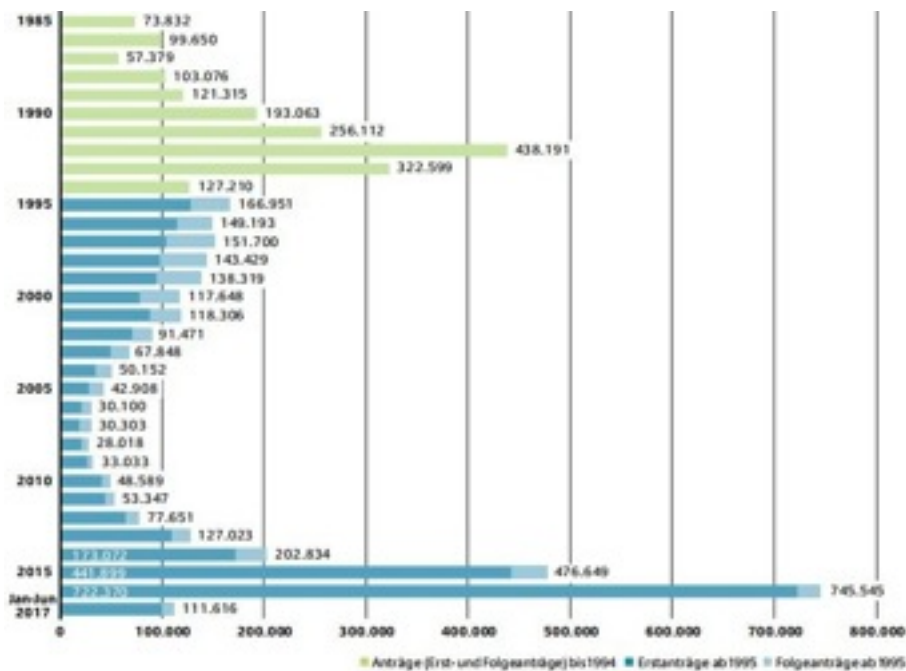


Abbildung 2: Asylerst- und Folgeanträge 1985-2017, Ausschnitt aus BAMF (2017): Aktuelle Zahlen zu Asyl – Juni 2017, S. 3.<sup>7</sup>

## Anerkennungszahlen

Im Verlauf der letzten zwei Jahre ist es zu einer bemerkenswerten Änderung bei den Ergebnissen der Asylverfahren gekommen.<sup>8</sup> Bei den inhaltlich entschiedenen Anträgen (das heißt ohne formelle Abweisungen beispielsweise wegen einer Nicht-Zuständigkeit aufgrund des Dublin-Abkommens) wurde 2015 in knapp Dreiviertel aller Fälle ein Schutzstatus erteilt. Die bereinigte Schutzquote fiel 2016 auf 68,9 Prozent und betrug im ersten Quartal 2017 nur noch 56 Prozent. Hinzu kommen gerichtliche Entscheidungen: 2016 wurde gegen etwa ein Viertel aller Entscheidungen geklagt und von den 2016 gerichtlich entschiedenen Fällen bekamen etwa 13 Prozent einen Schutzstatus zuerkannt.<sup>9</sup> Angesichts fallender Anerkennungsquoten nehmen die Klagen gegen Asylentscheidungen zu. Der Rückstau an Asylverfahren verlagert sich so von der Verwaltung, die mit schnelleren Verfahren anhängige Verfahren abbaut, auf die Verwaltungsgerichte, bei denen im Juli 2017 Klagen von rund

<sup>7</sup> BAMF: Aktuelle Zahlen zu Asyl – Juni 2017. <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-juni-2017.pdf>. Geprüft 2.8.2017. S. 3.

<sup>8</sup> Alle Angaben, außer wo anders ausgewiesen, beziehen sich auf Kleine Anfragen der Bundestagsfraktion Die Linke zu ergänzenden Informationen zur Asylstatistik: Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Frank Tempel, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2015, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/7625. Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Frank Tempel, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2016, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/11262. Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Frank Tempel, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste Quartal 2017, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/12623.

<sup>9</sup> BAMF: Bundesamt in Zahlen 2016, [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2016-asyl.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2016-asyl.pdf?__blob=publicationFile). Geprüft 2.8.2017. S. 44-46.

250.000 Asylbewerbern anhängig sind, gegenüber 131.856 Ende 2016 und 57.674 Ende 2015.<sup>10</sup>

Beim BAMF erhalten insbesondere Syrer, Afghanen und Iraker inzwischen weitaus seltener und geringer Schutz als noch 2015, während die bereinigte Schutzquote, die auf inhaltlichen Entscheidungen beruht, bei Eritreern (rund 99 Prozent) und Somalis (zwischen 80 und 90 Prozent) etwa gleich hoch geblieben ist. Bei Afghanen sank die bereinigte Schutzquote von über 77 Prozent 2015 und 2016 auf aktuell knapp 47 Prozent, wobei die meisten zunächst Flüchtlingsstatus erhielten und nun nur noch ein temporärer Abschiebestopp gewährt wird. Fast alle Syrer erhielten 2015 noch einen Flüchtlingsstatus (98,6 Prozent). 2017 wurden noch 30 Prozent der syrischen Asylbewerber der Flüchtlingsstatus zuerkannt, 60 Prozent erhielten nur den subsidiären Schutz, der temporär und ohne Recht auf Familienzusammenführung ist. Die so entstehende Unsicherheit hat einen großen Einfluss auf die Integrationsmöglichkeiten der Flüchtlinge.

## Demographie

Nicht geändert haben sich seit 2015 die drei wichtigsten Herkunftsländer: Syrien, Afghanistan und Irak. Die drei wichtigsten afrikanischen Herkunftsstaaten sind seit 2015 Eritrea, Nigeria und Somalia. Obwohl sich die Fluchtroute von der Ägäis auf die zentrale Mittelmeerroute verlagert hat, stammen aktuell aus allen afrikanischen Ländern zusammen kaum mehr Asylbewerber als aus Syrien alleine.<sup>11</sup>

Zugleich änderte sich seit 2015 die demographische Zusammensetzung der Asylbewerber leicht. Der Anteil an Frauen unter den Asylbewerbern hat kontinuierlich zugenommen – von 30,8 Prozent 2015 auf 38 Prozent im Juni 2017. Zugleich waren unter den Asylantragstellern deutlich mehr Kinder unter 6 Jahren. Ob das ein Resultat von verhinderter Familienzusammenführung ist, weshalb ganze Familien irregulär migrieren und Asyl beantragen, lässt sich statistisch nicht festmachen.

## Herausforderungen

Das Jahr 2015 stellte einen quantitativen Höhepunkt bei der Aufnahme von Geflüchteten dar, wobei vor allem der sprunghafte Anstieg bei den Ankunftszahlen eine neue Herausforderung für die Aufnahme und Integration darstellte. Der Rückgang bei der Zahl der Anträge wie auch die Umstellung in den Behörden und in der Asylpolitik haben zu einem Abbau von Rückstaus in der Asylverwaltung geführt.

---

<sup>10</sup> Redaktionsnetzwerk Deutschland: Asylklagen überlasten Verwaltungsgerichte, 19.07.2017, <http://www.rnd-news.de/Exklusive-News/Meldungen/Juli-2017/Asylklagen-ueberlasten-Verwaltungsgerichte>. Geprüft 2.8.2017; Deutscher Bundestag. Kleine Anfrage 2016 und 2017.

<sup>11</sup> BAMF. Asylgeschäftsstatistik, Juli 2017, <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/hkl-antrags-entscheidungs-bestandsstatistik-juli-2017.html?nn=9271904>. Geprüft 2.8.2017.

Die Änderungen im Asylverfahren, sinkende Anerkennungsquoten und eine geringere Qualität des Schutzes führen jedoch zu Unsicherheit und stehen einer Integration entgegen, auch für jene, die einen Schutzstatus erhalten.

Während es sich kaum geändert hat, aus welchen Herkunftsstaaten die meisten Schutzsuchenden stammen, sehen wir in den Antragszahlen eine Zunahme an weiblichen und jungen Asylbewerbern. Obwohl nicht klar zu sagen ist, ob sich hier eine generelle Änderung der Zusammensetzung der Geflüchteten abzeichnet, oder ob die demographischen Änderungen mit den Familiennachzugseinschränkungen zusammenhängen, scheint sich hier eine Stärkung von Familienstrukturen abzuzeichnen, was einer Integration sehr förderlich ist.

## WIE IST DIE UNTERBRINGUNGS- UND WOHN-SITUATION VON FLÜCHTLINGEN?

Wohnen ist ein entscheidender Punkt für Integration und soziale Teilhabe.<sup>12</sup> Als die Zahl der geflüchteten Personen 2015 rapide stieg, wurde schnell deutlich, dass es große Engpässe bei der Unterbringung gab. Dies führte zu einem Druck in der kommunalen Wohnraumpolitik und einer politischen Kompromissuche, angemessenen menschenwürdigen Wohnraum zu stellen, der finanziell und organisatorisch machbar war.<sup>13</sup> Der schon zuvor bestehende Mangel an günstigem Wohnraum wurde verschärft.<sup>14</sup> Als Reaktion auf den großen Wohnraumbedarf wurde die Finanzierung von sozialem Wohnraum aufgestockt, welche jedoch von Kritikern als nicht ausreichend gesehen wurde.<sup>15</sup>

Die Aufnahme von geflüchteten Personen ist ein hochbürokratisierter Prozess, der aufgeteilt ist zwischen dem Bund, den Ländern und den Kommunen.<sup>16</sup> Nach dem Asylverfahrensgesetz ist es die Aufgabe des Bundes, das Asylverfahren durchzuführen und die der Bundesländer, für die Unterbringung der Asylsuchenden sowie Erteilung existenzsichernder Leistungen zu sorgen.<sup>17</sup> Diese Aufgaben werden von den Kommunen übernommen, wofür die Kommunen eine Kompensation von den Ländern bekommen. Die Summe, die die Länder ihren Kommunen zahlen, ist sehr unterschiedlich.<sup>18</sup>

---

<sup>12</sup> Brücker, Herbert / Rother, Nina / Schupp, Jürgen (Hrsg.) (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf?__blob=publicationFile). Geprüft 2.8.2017. S. 32.

<sup>13</sup> Robert Bosch Expertenkommission (2016): Unterbringung und Wohnen von Flüchtlingen: Engpässe überwinden – Kommunen entlasten. [http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS\\_Kommissionsbericht\\_Unterbringung\\_Wohnen\\_ES.pdf](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS_Kommissionsbericht_Unterbringung_Wohnen_ES.pdf). Geprüft 22.6.2017.

<sup>14</sup> Ebd.

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Aumüller / Jutta, Daphi / Priska, Biesenkamp / Celine (2015): Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen - Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. <http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/64312.asp>. Geprüft 22.6.2017. S. 20 f.

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Robert Bosch Expertenkommission (2016): Unterbringung und Wohnen von Flüchtlingen: Engpässe überwinden – Kommunen entlasten. [http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS\\_Kommissionsbericht\\_Unterbringung\\_Wohnen\\_ES.pdf](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS_Kommissionsbericht_Unterbringung_Wohnen_ES.pdf). Geprüft 22.6.2017. S. 8 f. Aumüller / Jutta, Daphi / Priska, Biesenkamp / Celine (2015): Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen - Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. <http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/64312.asp>. Geprüft 22.6.2017. S. 30.



## Erstaufnahme

Nach einer ersten Registrierung findet die Verteilung der Personen auf die Länder durch den Königsteiner Schlüssel statt, also nach Steueraufkommen und Bevölkerungszahl der jeweiligen Länder.<sup>19</sup> Der maximale Aufenthalt von Asylbewerbern in einer Erstaufnahmeeinrichtung wurde im Oktober 2015 mit dem „Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz“ von drei auf sechs Monate verlängert. Bei Asylbewerbern aus „sicheren Herkunftsstaaten“ dauert der Aufenthalt mittlerweile bis eine Entscheidung über den Asylantrag gefällt wurde (AsylG § 47).

Kommunen haben keinen Einfluss auf die Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge, da dies von den Ländern geregelt wird. Letztendlich sind die Kommunen für die Alltagspraxis der Flüchtlingsaufnahme verantwortlich, etwa bei der Beschaffung von Wohnraum. Viele Bundesländer schreiben keine verpflichtende Art der Unterbringung vor, das heißt, dass dort die Kommunen freie Hand bei der Gestaltung der Unterbringung haben.<sup>20</sup> Für Flüchtlingsunterkünfte gibt es keine bundesweiten Mindeststandards und auf Länderebene sind die Regelungen uneinheitlich.<sup>21</sup> Nichtregierungsorganisationen beklagten wiederholt schlechte Hygienezustände, zu wenige Toiletten, Schimmelbefall und Mangel an Privatsphäre in Gemeinschaftsunterkünften.<sup>22</sup> Außerdem wurden Personen seit Mitte 2015 im Zuge von Notmaßnahmen vorzeitig an die Kommunen geleitet, um in Erstaufnahmestätten Platz für Neuankömmlinge zu schaffen. Die ungeplante Ankunft einer größeren Anzahl von Asylbewerbern führte dazu, dass eine Vorbereitung der Unterkünfte nicht gewährleistet werden konnte und medizinische und finanzielle Strukturen vor Ort überlastet wurden. Nach einigen Einschätzungen kann eine mangelhafte Vorbereitung der lokalen Bevölkerung bei der Aufnahme von Geflüchteten auch zu Konflikten führen.<sup>23</sup>

In Deutschland gibt es, trotz einiger gesetzlicher Änderungen, noch immer eine eingeschränkte Wohnfreiheit für Geflüchtete. Die Residenzpflicht für Asylbewerber und Geduldete wird seit 2015 nach drei Monaten Aufenthalt im Bundesgebiet aufgehoben.<sup>24</sup> Für Geflüchtete, deren Lebensunterhalt nicht gesichert ist, gilt jedoch seit 2016 die Wohnsitzauflage, wonach sie zum Wohnen an einem bestimmten Ort für bis zu drei Jahre

---

<sup>19</sup> Robert Bosch Expertenkommission (2016): Unterbringung und Wohnen von Flüchtlingen: Engpässe überwinden – Kommunen entlasten. [http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS\\_Kommissionsbericht\\_Unterbringung\\_Wohnen\\_ES.pdf](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS_Kommissionsbericht_Unterbringung_Wohnen_ES.pdf). Geprüft 22.6.2017.

<sup>20</sup> Aumüller / Jutta, Daphi / Priska, Biesenkamp / Celine (2015): Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen - Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. <http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/64312.asp>. Geprüft 22.6.2017. S. 22. Ebd. S. 24.

<sup>22</sup> Deutsches Institut für Menschenrechte: Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland Januar 2015 – Juni 2016. [http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/Menschenrechtsbericht\\_2016/Menschenrechtsbericht\\_2016.pdf](http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Menschenrechtsbericht_2016/Menschenrechtsbericht_2016.pdf), S. 64. Geprüft 15.8.2017.

<sup>23</sup> Robert Bosch Expertenkommission (2016): Unterbringung und Wohnen von Flüchtlingen: Engpässe überwinden – Kommunen entlasten. [http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS\\_Kommissionsbericht\\_Unterbringung\\_Wohnen\\_ES.pdf](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS_Kommissionsbericht_Unterbringung_Wohnen_ES.pdf). Geprüft 22.6.2017. Bauer / Isabella (2017): Unterbringung von Flüchtlingen in deutschen Kommunen: Konfliktmediation und lokale Beteiligung. [https://flucht-forschung-transfer.de/wp-content/uploads/2017/05/IB-SoR-10-BAUER\\_Konfliktmediation-1.pdf](https://flucht-forschung-transfer.de/wp-content/uploads/2017/05/IB-SoR-10-BAUER_Konfliktmediation-1.pdf). Geprüft 2.8.2017.

<sup>24</sup> Bundesministerium des Innern: Pressemitteilung „Bessere Rechtsstellung für asylsuchende und geduldete Ausländer“. <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/01/gesetz-zur-verbesserung-der-rechtsstellung-von-asylsuchenden-auslaendern.html>. Geprüft 15.8.2017.

verpflichtet werden können (AufenthG § 12a). Die Wohnsitzauflage wird unter anderem aus völkerrechtlicher Sicht kritisiert.<sup>25</sup> Auch zeigen internationale Erfahrungen (z. B. in Dänemark und Schweden), dass eine Verteilungspolitik in Bezug auf den Wohnsitz sich negativ auf die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt auswirkt.<sup>26</sup>

## Notunterkünfte

Mitte der 2000er wurden viele Ersteinrichtungen abgebaut.<sup>27</sup> Als 2015 die Zahl der Schutzsuchenden stark anstieg, stießen viele Städte und Gemeinden an die Grenzen ihres Leistungsvermögens, so dass viele Asylbewerber in Notunterkünften und behelfsmäßigen Einrichtungen untergebracht werden mussten.<sup>28</sup> Im Mai 2017 lebten noch immer 15.000 Menschen in Deutschland in Notunterkünften, der größte Teil von ihnen in Berlin.<sup>29</sup>

## Zentrale oder dezentrale Anschlussunterkunft

Die Art der Anschlussunterbringung ist abhängig vom Bundesland. Nach Asylverfahrensgesetz (§ 53 Abs. 1) gilt zwar eine generelle Verpflichtung zum Wohnen in Gemeinschaftsunterkünften – ob Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkunft oder eigener Wohnung unterkommen, ist jedoch sehr unterschiedlich. Die Wohnungsquote liegt etwa in Baden-Württemberg bei 30 und in Schleswig-Holstein bei ca. 90 Prozent.<sup>30</sup>

Im Diskurs um die Unterbringung der Geflüchteten geht es vor allem um die Vor- und Nachteile von Sammelunterkünften und dezentraler Verteilung auf Wohnungen. Für dezentrale Unterkünfte spricht, dass dies eine menschenwürdigere Form der Unterkunft ist, da sie dem Recht auf Wohnen genügt, gesellschaftliche Teilhabe begünstigt und Stigmatisierung und Ausgrenzung vorbeugt. Die Erhöhung der Sichtbarkeit von Flüchtlingen durch Gemeinschaftsunterkünfte kann durch die lokale Bevölkerung als Eindringen oder

---

<sup>25</sup> Pro Asyl (2016): Wohnsitzauflagen: Integrationspolitisch absurd, rechtlich problematisch. <https://www.proasyl.de/news/wohnsitzauflagen-integrationspolitisch-absurd-rechtlich-problematisch/>. Geprüft 15.8.2017.

<sup>26</sup> Aumüller / Jutta (2016): Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen: bestehende Praxisansätze und weiterführende Empfehlungen. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. [https://www.wib-potsdam.de/wp-content/uploads/2016/06/Arbeitsmarktintegration\\_Fluechtlinge.pdf](https://www.wib-potsdam.de/wp-content/uploads/2016/06/Arbeitsmarktintegration_Fluechtlinge.pdf). Geprüft 26.7.2017. S. 17.

<sup>27</sup> Wendel, Kai (2014): Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland: Regelungen und Praxis der Bundesländer im Vergleich. [https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2014/09/Laendervergleich\\_Unterbringung\\_2014-09-23\\_02.pdf](https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2014/09/Laendervergleich_Unterbringung_2014-09-23_02.pdf). Geprüft 15.8.2017.

<sup>28</sup> Brücker, Herbert / Rother, Nina / Schupp, Jürgen (Hrsg.) (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf?__blob=publicationFile). Geprüft 2.8.2017. S. 32.

<sup>29</sup> Spiegel Online (2017): 15.000 Menschen leben noch in Notunterkünften. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-noch-15-000-fluechtlinge-in-deutschland-in-notunterkuenften-a-1146292.html>. Geprüft 15.8.2017.

<sup>30</sup> Robert Bosch Expertenkommission (2016): Unterbringung und Wohnen von Flüchtlingen: Engpässe überwinden – Kommunen entlasten. [http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS\\_Kommissionsbericht\\_Unterbringung\\_Wohnen\\_ES.pdf](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS_Kommissionsbericht_Unterbringung_Wohnen_ES.pdf). Geprüft 22.6.2017.

Konkurrenz wahrgenommen werden.<sup>31</sup> Da bei dezentraler Unterbringung der Bedarf an Bewachung und Sicherheitsvorkehrungen wegfällt, sind diese oft kostengünstiger und können auch ein Weg sein, auf die vielen Brandanschläge auf Sammelunterkünfte zu reagieren. Für eine zentrale Unterbringung spricht in manchen Orten der Mangel an dezentralen Unterkünften, außerdem kann eine bessere Versorgung durch Sozialarbeiter stattfinden.<sup>32</sup> Flüchtlinge selbst empfinden private Unterkünfte als deutlich angenehmer, vor allem in Bezug auf den Geräuschpegel und die Privatsphäre.<sup>33</sup> Außerdem spricht für eine dezentrale Unterbringung, dass ein Zusammenhang zwischen Gemeinschaftsunterkünften und einem erhöhten Risiko für psychische Erkrankungen und Infektionen festgestellt wurde.<sup>34</sup>

Menschenrechtsorganisationen fordern Mindeststandards für Flüchtlingsunterkünfte. Sie verlangen einheitliche und verbindliche menschenrechtskonforme Qualitätskriterien für ein menschenwürdiges Wohnen und, dass der Schutz von besonders schutzbedürftigen Menschen gewährleistet wird.<sup>35</sup> Als besonders Schutzbedürftige definiert die EU-Aufnahmerichtlinie von 2013 (unbegleitete) minderjährige, behinderte und ältere Flüchtlinge, Schwangere und Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern, Opfer von Menschenhandel, Personen mit schweren körperlichen oder psychischen Erkrankungen sowie Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben.<sup>36</sup> Zivilgesellschaftliche Organisationen für geschlechtliche und sexuelle Minderheiten fordern einen besonderen Schutzbedarf und Sensibilität auch im Umgang mit LSBTTIQ-Geflüchteten<sup>37</sup> ein.<sup>38</sup>

---

<sup>31</sup> Robert Bosch Expertenkommission (2016): Unterbringung und Wohnen von Flüchtlingen: Engpässe überwinden – Kommunen entlasten. [http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS\\_Kommissionsbericht\\_Unterbringung\\_Wohnen\\_ES.pdf](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS_Kommissionsbericht_Unterbringung_Wohnen_ES.pdf). Geprüft 22.6.2017.

<sup>32</sup> Robert Bosch Expertenkommission (2016): Unterbringung und Wohnen von Flüchtlingen: Engpässe überwinden – Kommunen entlasten. [http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS\\_Kommissionsbericht\\_Unterbringung\\_Wohnen\\_ES.pdf](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS_Kommissionsbericht_Unterbringung_Wohnen_ES.pdf). Geprüft 22.6.2017.

<sup>33</sup> Brücker, Herbert / Rother, Nina / Schupp, Jürgen (Hrsg.) (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf?__blob=publicationFile). Geprüft 2.8.2017. S. 36.

<sup>34</sup> Robert Bosch Expertenkommission (2016): Unterbringung und Wohnen von Flüchtlingen: Engpässe überwinden – Kommunen entlasten. [http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS\\_Kommissionsbericht\\_Unterbringung\\_Wohnen\\_ES.pdf](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS_Kommissionsbericht_Unterbringung_Wohnen_ES.pdf). Geprüft 22.6.2017. S. 14.

<sup>35</sup> Robert Bosch Expertenkommission (2016): Unterbringung und Wohnen von Flüchtlingen: Engpässe überwinden – Kommunen entlasten. [http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS\\_Kommissionsbericht\\_Unterbringung\\_Wohnen\\_ES.pdf](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS_Kommissionsbericht_Unterbringung_Wohnen_ES.pdf). Geprüft 22.6.2017.

<sup>36</sup> Migrationsrecht.net (2013): Rechtsquellen - Richtlinie 2013/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates. <http://www.migrationsrecht.net/aufnahmerichtlinie-neufassung-2013/dokument-ansehen.html>. Geprüft 28.7.2017. Für Empfehlungen siehe Cremer / Hendrik (2015): Menschenrechtliche Verpflichtungen bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen. <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11653.pdf>. Geprüft 28.7.2017.

<sup>37</sup> Lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Geflüchtete.

<sup>38</sup> Siehe bspw. Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg (2016): Positionspapier zur Schutzunterbringung von LSBTTIQ Geflüchteten in Baden-Württemberg. <http://www.netzwerk-lsbttiq.net/files/refugees/PositionspapierProzent20SchutzbedarfProzent20LSBTTIQProzent20GeflProzentC3ProzentBChteteProzent20BW.pdf>. Geprüft 6.8.2017.

## Herausforderungen

Wenn ein Asylverfahren positiv entschieden ist und keine Einschränkung durch die Wohnsitzauflage besteht, können sich anerkannte Flüchtlinge frei auf dem Wohnungsmarkt bewegen.<sup>39</sup> Herausforderungen sind die rechtliche oder sprachliche Unterstützung der Wohnungssuchenden, auch in Hinsicht auf die herrschende Diskriminierung von Migranten auf dem Wohnungsmarkt.<sup>40</sup>

Pro Asyl und Amnesty International kritisieren bei der gesetzlichen Regelung zur Unterbringung die Unterscheidung von Asylbewerbern aufgrund ihres Herkunftslandes als eine Trennung der Geflüchteten in erste und zweite Klasse. Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsstaaten müssen teils monate- oder jahrelang in Gemeinschaftsunterkünften leben.<sup>41</sup>

Eine weitere Herausforderung ist die politisch motivierte Kriminalität von Rechts gegen Asylunterkünfte und Asylbewerber. Das Bundeskriminalamt (BKA) hebt vor allem Brand- und Sprengstoffdelikte hervor. Trotz eines rückläufigen Trends wurden allein in den ersten drei Monaten 2017 siebzehn Gewaltdelikte gegen Personen und 103 Straftaten gegen Asylunterkünfte verübt.<sup>42</sup> Des Weiteren stellt das BKA eine „latente Radikalisierung des gesellschaftlichen Diskurses“ zwischen Asylbefürwortern und -gegnern fest.<sup>43</sup>

---

<sup>39</sup> Robert Bosch Expertenkommission (2016): Unterbringung und Wohnen von Flüchtlingen: Engpässe überwinden – Kommunen entlasten. [http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS\\_Kommissionsbericht\\_Unterbringung\\_Wohnen\\_ES.pdf](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS_Kommissionsbericht_Unterbringung_Wohnen_ES.pdf). Geprüft 22.6.2017.

<sup>40</sup> Müller, Annekathrin (2015): Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt: Strategien zum Nachweis rassistischer Benachteiligungen. [http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise\\_Wohnungsmarkt\\_20150615.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Expertisen/Expertise_Wohnungsmarkt_20150615.pdf?__blob=publicationFile). Geprüft 15.8.2017.

<sup>41</sup> Robert Bosch Expertenkommission (2016): Unterbringung und Wohnen von Flüchtlingen: Engpässe überwinden – Kommunen entlasten. [http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS\\_Kommissionsbericht\\_Unterbringung\\_Wohnen\\_ES.pdf](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS_Kommissionsbericht_Unterbringung_Wohnen_ES.pdf). Geprüft 22.6.2017.

<sup>42</sup> Bundeskriminalamt (2017): Kriminalität im Kontext von Zuwanderung: Kernaussagen. Betrachtungszeitraum 1.01. - 31.03.2017. [https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/kernaussagenZuKriminalitaetImKontextVonZuwanderungIQuartal2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/kernaussagenZuKriminalitaetImKontextVonZuwanderungIQuartal2017.pdf?__blob=publicationFile&v=2). Geprüft 28.7.2017.

<sup>43</sup> Bundeskriminalamt (2017): Kriminalität im Kontext von Zuwanderung: Kernaussagen. Betrachtungszeitraum 1.01. - 31.03.2017. [https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/kernaussagenZuKriminalitaetImKontextVonZuwanderungIQuartal2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/kernaussagenZuKriminalitaetImKontextVonZuwanderungIQuartal2017.pdf?__blob=publicationFile&v=2). Geprüft 28.7.2017.

## WIE FINDEN FLÜCHTLINGE ZUGANG ZUM BILDUNGSSYSTEM?

### Bildungsstand von Flüchtlingen

Die meisten Flüchtlinge haben vor ihrer Flucht einen Bildungsabschluss gemacht. Nach einer umfangreichen Erhebung unter erwachsenen Flüchtlingen, die seit 2013 in Deutschland angekommen sind, haben 58 Prozent von ihnen mindestens 10 Jahre lang eine Schule besucht, darunter 37 Prozent eine weiterführende Schule. 9 Prozent haben demnach gar keine Schulbildung und 1 Prozent sind nur zur Grundschule gegangen.<sup>44</sup> Eine im Sommer 2016 an Nürnberger Gemeinschaftsunterkünften durchgeführte Studie fand ähnliche Ergebnisse und weist auf große Unterschiede hin, die sich nach Herkunftsländern ergeben. Iraner haben demnach eine besonders hohe Schulbildung und Iraker eine eher geringe, während sich bei Syrern ein gemischtes Bild abzeichnet.<sup>45</sup> Auch haben 19 Prozent der Frauen ein Studium absolviert, im Vergleich zu 27 Prozent der Männer.

46 Prozent der Flüchtlinge streben einen allgemeinbildenden Schulabschluss an, 66 Prozent einen beruflichen Abschluss.<sup>46</sup> Jedoch steht in der Regel die Arbeitsaufnahme im Vordergrund. Zudem versuchen immer mehr Flüchtlinge, vor allem aus Syrien, ihren Berufsabschluss aus dem Herkunftsland anerkennen zu lassen, insbesondere als Ingenieure, Ärzte oder Lehrkräfte.<sup>47</sup>



Quelle: IAB SOEP-BAMF-Befragung von Geflüchteten 2016 Grafik: © Mediendienst Integration 2016

Quelle: <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/arbeit-und-bildung.html> Geprüft 24.08.17

<sup>44</sup> Brücker, Herbert / Rother, Nina / Schupp, Jürgen (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse, BAMF Forschungsbericht 29, <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf>. Geprüft 28.7.2017. S. 42.

<sup>45</sup> Schimmer, Julia / Krauß, Günter / Burkowski, Marina / Khalaf, Hassan: Nicht mit leeren Händen. Institut für Soziale und Kulturelle Arbeit (ISKA), <https://www.iska-nuernberg.de/nicht-mit-leeren-haenden/bildung.html>. Geprüft 22.8.2017.

<sup>46</sup> Brücker, Herbert / Rother, Nina / Schupp, Jürgen (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse, BAMF Forschungsbericht 29, <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf>. Geprüft 28.7.2017. S. 46.

<sup>47</sup> Mediendienst Integration: Wie viele Flüchtlinge lassen ihre Abschlüsse anerkennen? <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/arbeit-und-bildung.html>. Geprüft 21.06.17.

## Zahl der Flüchtlinge an deutschen Schulen

Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge sind jünger als 25 Jahre, also in einem Alter, in dem sie eine Ausbildung benötigen. Kinder haben grundsätzlich das Recht auf einen Schulbesuch, auch wenn dieser praktisch in den ersten Wochen oder oft Monaten nach der Ankunft in Deutschland nicht möglich ist. Wann die Schulpflicht in Kraft tritt, unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland. Teils greift sie mit dem Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtung oder der Zuweisung in eine Gemeinde, teils drei bis sechs Monate nach dem Zuzug.<sup>48</sup>

Angaben über den Anteil geflüchteter Schüler an deutschen Schulen schwanken. Für 2015 geht man von einem Anteil von 2 Prozent neuer Zuwanderer an deutschen Schulen aus.<sup>49</sup> Unter ihnen waren 56.000 neue Schüler aus Syrien, 23.500 aus Afghanistan und 11.000 aus dem Irak.<sup>50</sup> Eine andere Berechnung geht für 2015 davon aus, dass 0,8 bis 1,1 Prozent der Schüler neu angekommene Flüchtlinge waren.<sup>51</sup> Nicht nur die Zahl der Asylbewerber hat seitdem abgenommen, sondern auch der Anteil an 6- bis 16-jährigen unter ihnen.<sup>52</sup> Für den Zeitraum Januar bis Juli 2017 ergibt eine ähnliche Berechnung einen Anteil an 0,08 Prozent und 0,11 Prozent an verbleibenden neuen Asylbewerber an deutschen Schulen, also ein Zehntel im Vergleich zu 2015.<sup>53</sup>

Brandenburg ist das einzige Bundesland, das Flüchtlinge und Asylbewerber an Schulen statistisch erfasst. Dort zeigt sich eine große Diskrepanz in den Schulformen, die Asylbewerber und Flüchtlinge besuchen. Nur 2 Prozent der Asylbewerber und 11 Prozent der anerkannten Flüchtlinge, die zur Schule gehen, besuchen das Gymnasium, im Vergleich zu 44 Prozent der deutschen Schüler.<sup>54</sup> Auch bundesweit lässt sich schon seit vielen Jahren ein

---

<sup>48</sup> Robert Bosch Expertenkommission zur Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik (2016): Chancen erkennen – Perspektiven schaffen – Integration ermöglichen, [http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS\\_Bericht\\_Expertenkommission\\_2016.pdf#page=194](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS_Bericht_Expertenkommission_2016.pdf#page=194). Geprüft 28.7.2017. S. 194.

<sup>49</sup> von Dewitz, Nora / Massumi, Mona / Griebach, Johanna (2016): Neu zugewanderte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Entwicklungen im Jahr 2015. Herausgegeben vom Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache und vom Zentrum für LehrerInnenbildung der Universität zu Köln, [http://www.mercator-institut-sprachforderung.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Publikationen/MI\\_ZfL\\_Neu\\_zugewanderte\\_Kinder\\_Jugendliche\\_jungeErwachsene\\_final\\_screen.pdf](http://www.mercator-institut-sprachforderung.de/fileadmin/Redaktion/PDF/Publikationen/MI_ZfL_Neu_zugewanderte_Kinder_Jugendliche_jungeErwachsene_final_screen.pdf). Geprüft 28.7.2017. S. 4.

<sup>50</sup> Ebd. S. 19.

<sup>51</sup> Mediendienst Integration: Kinder aus Flüchtlingsfamilien an Schulen, <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/arbeit-und-bildung.html>. Geprüft 28.7.2017.

<sup>52</sup> BAMF: Das Bundesamt in Zahlen 2015, <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2015.pdf>; BAMF: Das Bundesamt in Zahlen 2016; [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2016.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2016.pdf?__blob=publicationFile); BAMF: Aktuelle Zahlen zu Asyl, Juli 2017, [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infotek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-juli-2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infotek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-juli-2017.pdf?__blob=publicationFile). Geprüft 28.7.2017.

<sup>53</sup> Entspricht einer Verbleibsrate von 60 Prozent bzw. 80 Prozent von 14.117 Asylbewerbern zwischen 6 und 16 Jahren im Zeitraum Januar bis Juli 2017 bei 11 Millionen Schülern in Deutschland.

BAMF: Aktuelle Zahlen zu Asyl, Juli 2017, S. 7. [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infotek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-juli-2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infotek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-juli-2017.pdf?__blob=publicationFile); Statistisches Bundesamt: Allgemeinbildende und berufliche Schulen: Schüler/innen nach Schularten 2014-2017, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Schulen/Tabellen/AllgemeinBildendeBeruflicheSchulenSchulartenSchueler.html>

<sup>54</sup> Kemper, Thomas: Zur schulstatistischen Erfassung der Bildungsbeteiligung von Flüchtlingen und Asylbewerbern - In: Sonderpädagogische Förderung heute 61 (2016) 2, S. 194-204, [http://www.pedocs.de/volltexte/2016/12071/pdf/SoF\\_2016\\_2\\_Kemper\\_Zur\\_schulstatistischen\\_Erfassung\\_der\\_Bildungsbeteiligung\\_von\\_Fluechtlingen\\_und\\_Asylbewerbern.pdf](http://www.pedocs.de/volltexte/2016/12071/pdf/SoF_2016_2_Kemper_Zur_schulstatistischen_Erfassung_der_Bildungsbeteiligung_von_Fluechtlingen_und_Asylbewerbern.pdf). Geprüft 28.7.2017. S. 200.

weit unterdurchschnittlicher Besuch des Gymnasiums durch Schüler aus Syrien und Afghanistan ausmachen, von letzteren sogar mit weiter abnehmendem Trend.<sup>55</sup>

## Integration in den Schulunterricht

Gerade Kinder und Jugendliche aus Kriegsgebieten, mit besonders langwährender Fluchtmigration oder aus Staaten, in denen sie diskriminiert und verfolgt wurden, weisen teils mehrjährige Unterbrechungen in der Schulbildung auf. Dies bedeutet, dass Schüler mit einer großen Bandbreite an Bildung eingeschult werden. Hinzu kommt in der Regel die Notwendigkeit, die deutsche Sprache zu lernen und unter Umständen auch das (deutsche) Alphabet.

Bundesländer haben sehr unterschiedliche Regelungen, wie neu zugewanderte Schüler beschult werden.<sup>56</sup> Tatsächlich unterscheidet sich die Praxis oft sogar von Schule zu Schule. An manchen Schulen wurden Willkommensklassen eingeführt, an anderen werden geflüchtete Kinder in reguläre Klassen aufgenommen. Untersuchungen stellen jedoch den Sinn von Willkommensklassen in Frage, da Standards nicht definiert sind, Kenntnisse im Unterrichten von Deutsch als Zweitsprache oft fehlen und sie mit einem hohen organisatorischen Aufwand verbunden sind. Nicht nur ist der Lernerfolg einer solchen Separation fraglich, eine Trennung von Flüchtlingen von anderen Schülern steht auch dem Integrationsanspruch entgegen. Zunehmend wird daher der Spracherwerb in regulären Klassen präferiert.<sup>57</sup>

Dauerhaft fehlen laut Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) bis zu 14.000 Lehrkräfte und 800 Sozialarbeiter, um den Bedarf durch die neuen Schüler zu bewältigen.<sup>58</sup> Die Gesamtkosten für die Integration von Schutzsuchenden in die frühkindliche Bildung, Schulen und Berufsausbildung werden auf zwischen 2,2 und 3 Milliarden Euro geschätzt.<sup>59</sup>

---

<sup>55</sup> Thomas Kemper, Aladin El-Mafaalani: Bildungsteilhabe geflüchteter Kinder und Jugendlicher im regionalen Vergleich, Z'Flucht. Zeitschrift für Flüchtlingsforschung 2/2017 (im Erscheinen).

<sup>56</sup> Robert Bosch Expertenkommission zur Neuausrichtung der Flüchtlingspolitik (2016): Chancen erkennen – Perspektiven schaffen – Integration ermöglichen, [http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS\\_Bericht\\_Expertenkommission\\_2016.pdf#page=197](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS_Bericht_Expertenkommission_2016.pdf#page=197) Geprüft 28.7.2017. S. 194.

<sup>57</sup> Karakayalı, Juliane / zur Nieden, Birgit / Kahveci, Çağrı / Groß, Sophie / Heller, Mareike / Güteryüz, Tutku (2016): „Willkommensklassen“ in Berlin. Mit Segregation zur Inklusion? Eine Expertise für den Mediendienst Integration, [https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Expertise\\_Willkommensklassen.pdf](https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Expertise_Willkommensklassen.pdf). Geprüft 28.7.2017.

<sup>58</sup> Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016): Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration, <http://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2016/pdf-bildungsbericht-2016/bildungsbericht-2016>. Geprüft 28.7.2017. S. 200.

<sup>59</sup> Ebd. S. 202.

## Flüchtlinge und Hochschulen

Hochschulen mussten sich seit spätestens 2015 an eine wachsende Zahl von Flüchtlingen anpassen, die ihr Studium durch die Flucht unterbrochen hatten oder mit einem entsprechenden Schulabschluss aufnehmen wollen. Wie andere ausländische Studienbewerber müssen Flüchtlinge eine Hochschulzugangsberechtigung und ausreichende Sprachkenntnisse vorweisen sowie krankenversichert sein. Dabei ergeben sich besondere Herausforderungen, da die entsprechenden Papiere häufig nicht vorliegen, eine gesetzliche Krankenversicherung erst nach 15 Monaten in Deutschland in Anspruch genommen werden kann und Wohnsitzauflagen für Asylbewerber die Wahl des Studienorts einschränken.<sup>60</sup> Die Kultusministerkonferenz schuf zu Hilfe ein Verfahren zur Anerkennung von Hochschulzugangsberechtigungen.<sup>61</sup>

Universitäten stellen, häufiger als Fachhochschulen, Vorbereitungskurse für Flüchtlinge bereit, zum Teil auch für jene, die noch keine Zulassungsberechtigung haben.<sup>62</sup> Zur Bewältigung der strukturellen und persönlichen Herausforderungen, die Flüchtlinge bei der Aufnahme eines Studiums erfahren, haben oft zunächst Ehrenamtliche jene unterstützt und einige Universitäten Koordinationsbeauftragte eingesetzt. Wichtig und erfolgreich sind auch sogenannte „Buddy“-Programme, in denen Flüchtlinge mit anderen Studierenden im Tandem voneinander lernen können. Universitäten stehen nun vor der Aufgabe, die vielfältigen Aktivitäten und Erfahrungen der letzten zwei Jahre zu institutionalisieren, professionalisieren und erfolgreiche Programme auch auf andere Bereiche auszuweiten.<sup>63</sup> Das BMBF stellt bis 2019 insgesamt 100 Millionen Euro zur Integration „studierwilliger und –fähiger Flüchtlinge“ bereit. Mit dem Geld finanziert der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) Sprach- und Studierfähigkeitstests und Studienplätze.<sup>64</sup>

---

<sup>60</sup> Schammann, Hannes / Younsou, Christin (2016): Studium nach der Flucht? Angebote deutscher Hochschulen für Studieninteressierte mit Fluchterfahrung Empirische Befunde und Handlungsempfehlungen, Hildesheim, <https://www.uni-hildesheim.de/media/presse/Studium-nach-der-Flucht.pdf>

<sup>61</sup> Kultusministerkonferenz (2015): Hochschulzugang und Hochschulzulassung für Studienbewerberinnen bzw. Studienbewerber, die fluchtbedingt den Nachweis der im Heimatland erworbenen Hochschulzugangsberechtigung nicht erbringen können, [https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2015/2015\\_12\\_03-Hochschulzugang-ohne-Nachweis-der-Hochschulzugangsberechtigung.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2015/2015_12_03-Hochschulzugang-ohne-Nachweis-der-Hochschulzugangsberechtigung.pdf). BAMF (2016): Hochschulzugang und Studium von Flüchtlingen. Eine Handreichung für Hochschulen und Studentenwerke, [https://www.daad.de/medien/der-daad/handreicherung\\_hochschulzugang\\_gefl%C3%BCchtete.pdf](https://www.daad.de/medien/der-daad/handreicherung_hochschulzugang_gefl%C3%BCchtete.pdf). Geprüft 26.7.2017. S. 14.

<sup>62</sup> von Blumenthal, Julia / Beigang, Steffen / Wegmann, Katja / Feneberg, Valentin (2017): Institutionelle Anpassungsfähigkeit von Hochschulen. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin. <https://www.bim-fluchtcluster.hu-berlin.de/de/11-institutionelle-anpassungsfaehigkeit-von-hochschulen>. Geprüft 26.7.2017. S. 10.

<sup>63</sup> Ebd. S. 25-26.

<sup>64</sup> Mediendienst Integration: Flüchtlinge an Hochschulen, <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/arbeit-und-bildung.html>. Geprüft 26.7.2017.



## Integrations- und Deutschkurse für Flüchtlinge

Die Integrationskurse des Bundes wurden im November 2015 auch für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive geöffnet.<sup>65</sup> Die Bundesagentur für Arbeit (BA) und das BAMF hatten bereits 2014 einen Paradigmenwechsel hin zu frühzeitigen Interventionen eingeläutet. Diese sehen eine Förderung und Vermittlung gut qualifizierter Asylbewerber noch vor Abschluss des Asylverfahrens vor.<sup>66</sup> Aber es gibt auch viel zu tun: Schon 2015 gab es nicht genügend Plätze in Integrationskursen und die Qualitätsanforderungen an neue Kursträger waren sehr gering. Bis Ende 2016 wurde bei neuen Lehrkräften auf bestimmte Zusatzqualifikationen verzichtet. So haben laut BAMF nur 51 Prozent der zurzeit 19.500 Integrationskurslehrkräfte ein DaF-Studium absolviert. Dies war eine Reaktion auf die gestiegene Nachfrage angesichts einer hohen Zahl neu Berechtigter ab 2015. So konnte immerhin die Zahl der Kursteilnehmer von 2015 auf 2016 fast verdoppelt werden.<sup>67</sup> Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bemängelt die Gruppengrößen, welche im Verhältnis zu den pädagogischen Anforderungen zu groß sind, bei gleichzeitig geringer Bezahlung für die Lehrkräfte.

Angesichts einer hohen Nachfrage wurden kostenlose Integrationskurse auf Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive und anerkannte Flüchtlinge beschränkt. Pro Asyl kritisiert, dass nicht alle Zugezogenen eine Berechtigung zu solchen Kursen haben.<sup>68</sup> Die Bundesregierung führte jedoch im August 2016 für Asylbewerber mit „unklarer Bleibeperspektive“ kleinere Erstorientierungskurse ein, die ab 2017 bundesweit angeboten werden und sowohl Werte, Informationen als auch Sprache vermitteln.<sup>69</sup> Ein differenzierteres Programm soll so Bedarf und Kapazitäten balancieren.

## Herausforderungen

Unter Flüchtlingen gibt es eine Polarisierung beim Bildungsstand. Während die meisten eine mindestens zehnjährige Schulausbildung absolviert haben, haben rund 10 Prozent keine oder nur eine geringe Bildung. Das Bildungssystem und der Arbeitsmarkt müssen sich auf die Herausforderungen, die sich aus dieser Bandbreite ergeben, einstellen.

Die Bildungsunterschiede sind auch für Schulen relevant, bei denen der Anteil an geflüchteten Schülern seit 2015 stark gestiegen ist. Nur sehr wenige Flüchtlinge schaffen es

---

<sup>65</sup> Aumüller (2016): Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen: bestehende Praxisansätze und weiterführende Empfehlungen. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. [https://www.wib-potsdam.de/wp-content/uploads/2016/06/Arbeitsmarktintegration\\_Fluechtlinge.pdf](https://www.wib-potsdam.de/wp-content/uploads/2016/06/Arbeitsmarktintegration_Fluechtlinge.pdf). Geprüft 26.7.2017. S. 14.

<sup>66</sup> Ebd. S. 17, 21.

<sup>67</sup> BAMF (2017): Bundesamt in Zahlen 2016, [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2016.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/bundesamt-in-zahlen-2016.pdf?__blob=publicationFile). Geprüft 26.7.2017. S. 118.

<sup>68</sup> Tagesschau (2017): Integrationskurse. Die Qualität schwankt. <https://www.tagesschau.de/inland/deutschkurse-101.html>. Geprüft 27.7.2017.

<sup>69</sup> Südwestrundfunk: Orientierungskurse bald bundesweit, 11.11.2016, <https://www.swr.de/international/asylbewerber-mit-unklarer-bleibeperspektive-orientierungskurse-bald-bundesweit/-/id=233334/did=18470758/nid=233334/18zrzgw/index.html>; BAMF (2017): Erstorientierungskurse für Asylbewerber mit unklarer Bleibeperspektive, <http://www.bamf.de/DE/Willkommen/Erstorientierung/Erstorientierungskurse/erstorientierungskurse-node.html>. Geprüft 27.7.2017.

ans Gymnasium. Dabei muss trotz unterbrochener Schulbiographien eine Integration ermöglicht werden. Willkommensklassen, die sich gerade angesichts hoher Zugangszahlen an einigen Schulen als ein Ansatz zur ersten Aufnahme bewiesen haben, sind langfristig zu aufwendig und auch wenig erfolgreich bei der Integration. Aufnahmen in reguläre Klassen und Sprachunterricht neben und durch den regulären Unterricht sind Modelle, die zurzeit stärker eingesetzt und evaluiert werden. Um den Herausforderungen an das Bildungssystem gerecht zu werden, besteht ein erhöhter Personalbedarf.

Vorbereitungskurse und extracurricularer Sprachunterricht für Universitäten haben sich hingegen für Flüchtlinge als sinnvoll erwiesen. Hier haben sich auch Koordinationsstellen und Buddy-Programme bewährt, die potentiell auf andere Studierendengruppen ausgeweitet werden können. Über die bereits gewährten Mittel hinaus sind jedoch sowohl an Schulen als auch Hochschulen noch hohe Investitionen insbesondere in Personalmittel nötig.

Jenseits von Schulen und Hochschulen zeigt sich ein Mangel an Kapazitäten für professionellen Sprachunterricht. Bei einer notwendigen Erhöhung des Sprachangebotes darf es jedoch nicht zu einer Verminderung der Qualität des Unterrichts durch zu große Teilnehmerzahlen oder unterqualifiziertes Personal kommen.

## WIE IST DIE SITUATION VON FLÜCHTLINGEN AUF DEM ARBEITSMARKT?

Auf dem Arbeitsmarkt haben seit 2015 staatliche und private Akteure mit der Schaffung verschiedener Maßnahmen und Angebote auf die stark gestiegene Anzahl an Flüchtlingen reagiert. Ziel ist, deren Integration in den Arbeitsmarkt zu beschleunigen. Die Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre bekennt sich nun mehr zum Einwanderungsland und hat der jahrzehntelangen Politik des Beschäftigungsverbots für Flüchtlinge den Rücken gekehrt.<sup>70</sup>

### Qualifizierung der geflüchteten Personen

Der Anteil von geflüchteten Personen mit beruflichen Bildungsabschlüssen auf mittlerem Niveau ist sehr viel geringer als der der deutschen Wohnbevölkerung. Dies kann zum Teil mit dem Entwicklungsstand und den kriegsbedingten Umständen in den Herkunftsländern erklärt werden, viele Länder haben jedoch auch kein mit Deutschland vergleichbares berufliches Ausbildungssystem.<sup>71</sup> Dennoch verfügen viele Flüchtlinge über berufliche Fähigkeiten im handwerklichen, technischen und kaufmännischen Bereich, die sich aber nicht als formelle Abschlüsse aufführen lassen.<sup>72</sup>

Unter den Geflüchteten haben 68 Prozent der Männer und 71 Prozent der Frauen keinen beruflichen Bildungsabschluss. Keinen Schulabschluss haben 32 Prozent der Männer und 37 Prozent der Frauen, wobei das Vorhandensein von Kindern die Gesamtzahl an Abschlüssen verringert und den Unterschied von Männern und Frauen verschärft: von den Frauen mit Kindern haben 41 und von den Männern mit Kindern 33 Prozent keinen Schulabschluss.<sup>73</sup>

### Integration in den Arbeitsmarkt

Erfahrungsgemäß findet nur etwa die Hälfte der anerkannten Flüchtlinge eine Beschäftigung innerhalb von fünf Jahren.<sup>74</sup> Dennoch fallen Arbeitsmarktprognosen positiv aus: Ein Bericht der Bundesagentur für Arbeit (BA) vom Juni 2017 stellt fest, dass „[a]lles in allem [...] geflüchtete Menschen aktuell auf einen Arbeitsmarkt in guter Verfassung [treffen]: Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wachsen kräftig, die

---

<sup>70</sup> Aumüller, Jutta (2016): Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen: bestehende Praxisansätze und weiterführende Empfehlungen. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. [https://www.wib-potsdam.de/wp-content/uploads/2016/06/Arbeitsmarktintegration\\_Fluechtlinge.pdf](https://www.wib-potsdam.de/wp-content/uploads/2016/06/Arbeitsmarktintegration_Fluechtlinge.pdf). Geprüft 26.7.2017. S. 8 ff.

<sup>71</sup> Brücker, Herbert / Rother, Nina / Schupp, Jürgen (Hrsg.) (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefuechtete.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefuechtete.pdf?__blob=publicationFile). Geprüft 2.8.2017. S. 43.

<sup>72</sup> Ebd.

<sup>73</sup> Ebd. S. 43 ff.

<sup>74</sup> Ebd. S. 6.

Wachstumsprognosen sind mittelfristig stabil, bei gleichzeitigem demographischen Wandel“.<sup>75</sup> Nach Einschätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung werden nach einer zunächst hohen Arbeitslosigkeit unter anerkannten Flüchtlingen – da viele erst sprachliche und berufliche Qualifizierung benötigen – nach drei bis zehn Jahren positive gesamtwirtschaftliche Effekte der Fluchtmigration überwiegen.<sup>76</sup>

## **Beschäftigung und Arbeitslosigkeit von Flüchtlingen**

Im Juni 2017 war im Vorjahresvergleich die Beschäftigung von Staatsangehörigen aus den nichteuropäischen Asylherkunftsländern um 64.000 Personen oder 49 Prozent gestiegen.<sup>77</sup> Hierbei handelt es sich um Personen mit einer Staatsangehörigkeit der zur Zeit stärksten Asylherkunftsländer Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. In den Zahlen sind keine Flüchtlinge aus den Balkanländern inbegriffen. Die BA nutzt die Einwanderungszahlen dieser Länder zur Einschätzung des Anteils geflüchteter Personen in ihren Statistiken. Seit Mitte 2016 erfasst die BA zusätzlich geflüchteten Personen explizit.<sup>78</sup>

Neben dem hohen Anstieg an beschäftigten Flüchtlingen ist auch die Zahl der Arbeitssuchenden und Arbeitslosen stark gestiegen. So wurden im Juni 2017 fast eine halbe Million Flüchtlinge als Arbeitssuchende betreut, 40 Prozent von ihnen waren arbeitslos gemeldet.<sup>79</sup> Die hohe Zahl an Arbeitssuchenden ist darauf zurückzuführen, dass geflüchtete Personen zu Beginn des Integrationsprozesses automatisch arbeitslos gemeldet werden. Die Arbeitslosmeldung findet also zu einem Zeitpunkt statt, an dem die meisten Geflüchteten zunächst einen Sprachkurs belegen und formale Qualifikationen nachholen, was eine längere Zeit in Anspruch nimmt. Dementsprechend ist auch die Arbeitslosigkeit von Personen aus den wichtigsten nichteuropäischen Asylherkunftsländern im Juni 2017 im Vorjahresvergleich um 43.000 oder 29 Prozent gestiegen.<sup>80</sup> Wenn Arbeitssuchende an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie Aktivierungs- oder Weiterbildungsmaßnahmen beziehungsweise Integrationskursen teilnehmen oder eine Erwerbstätigkeit von mehr als 15 Wochenstunden ausüben, sind sie nicht als arbeitslos gemeldet.

---

<sup>75</sup> BA (2017b) - Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung, Berichte: Arbeitsmarkt kompakt – Fluchtmigration, Nürnberg, Juni 2017. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Generische-Publikationen/Fluchtmigration.pdf>. Geprüft 5.8.2017. S. 4.

<sup>76</sup> Fratzscher / Marcel, Junker / Simon (2015). „Integration von Flüchtlingen – eine langfristig lohnende Investition“. DIW-Wochenbericht 45 2015. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. In: Aumüller, Jutta (2016): Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen: bestehende Praxisansätze und weiterführende Empfehlungen. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. S. 16.

<sup>77</sup> BA (2017a) - Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung, Berichte: Arbeitsmarkt kompakt – Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt, Nürnberg, Juni 2017. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Generische-Publikationen/Auswirkungen-der-Migration-auf-den-Arbeitsmarkt.pdf>. Geprüft 27.7.2017. S. 4.

<sup>78</sup> BA (2016) - Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung (2016): Geflüchtete Menschen in den Arbeitsmarktstatistiken – Erste Ergebnisse, Nürnberg. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Generische-Publikationen/Gefuechtete-Menschen-in-den-Arbeitsmarktstatistiken.pdf>. Geprüft 20.06.2017. S. 1.

<sup>79</sup> BA (2017c) - Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – Monatsbericht, Juni 2017, Nürnberg 2017. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201706/arbeitsmarktberichte/monatsbericht-monatsbericht/monatsbericht-d-0-201706-pdf.pdf>. Geprüft 24.7.2017.

<sup>80</sup> Ebd. S. 14.

Für die ersten drei Monate des Aufenthaltes und während der Unterbringung in einer Erstaufnahmeeinrichtung unterliegen Asylbewerber einem Beschäftigungsverbot. Bei positivem Bescheid haben Personen einen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt.<sup>81</sup>

## Rechtliche Lage und Maßnahmen

Die rechtliche Lage wurde seit 2015 in Reaktion auf die neuen Dimensionen der Flüchtlingsaufnahme stark verändert. Anpassungen wurden unter anderem am Asylrecht, dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz, dem Aufenthaltsgesetz und dem Integrationsgesetz vorgenommen. Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive können frühzeitig an Integrationskursen teilnehmen, Geflüchtete erhalten für die Zeit einer beruflichen Ausbildung eine Duldung. Zudem wurde die Ausbildungsförderung für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive und Geduldete geöffnet. Abhängig von der regionalen Arbeitsmarktsituation wurde zudem die Vorrangprüfung für drei Jahre ausgesetzt, die besagt, dass geprüft werden muss, ob es auf eine Arbeitsstelle inländische Bewerber gibt, die bei der Stellenvergabe Vorrang haben.<sup>82</sup>

Die Zahl der Einzelmaßnahmen für Geflüchtete beläuft sich auf mehrere Hundert.<sup>83</sup> Erste Schätzungen zeigen, dass Geflüchtete signifikant bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, wenn sie Integrationskurse besucht haben.<sup>84</sup> Das gleiche gilt für einen Abschluss des Programms „Perspektiven für Flüchtlinge“ und die Arbeitsmarkt- und Berufsberatung der BA oder der Jobcenter.<sup>85</sup>

Kenntnisse der deutschen Sprache sind eine unbedingte Voraussetzung für den Zugang zum Arbeitsmarkt. Anerkannte Flüchtlinge und seit November 2015 Asylbewerber mit „guter Bleibeperspektive“ können daher kostenlos Sprach- und Integrationskurse besuchen. Kurse mit geringerem Umfang werden seit August 2016 auch für Asylbewerber mit „unklarer Bleibeperspektive“ angeboten.<sup>86</sup> Jutta Aumüller empfiehlt darüber hinaus, dass *alle* Geflüchteten nach neun Monaten eine Möglichkeit auf Sprachunterricht erhalten sollten,

---

<sup>81</sup> BA (2017a) - Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung, Berichte: Arbeitsmarkt kompakt – Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt, Nürnberg, Juni 2017. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Generische-Publikationen/Auswirkungen-der-Migration-auf-den-Arbeitsmarkt.pdf>. Geprüft 27.7.2017. S. 9-10.

<sup>82</sup> Bundesregierung (2016): Integrationsgesetz setzt auf Fördern und Fordern. <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/05/2016-05-25-integrationsgesetz-beschlossen.html>. Geprüft 22.8.2017.

<sup>83</sup> Aumüller, Jutta (2016): Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen: bestehende Praxisansätze und weiterführende Empfehlungen. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. [https://www.wib-potsdam.de/wp-content/uploads/2016/06/Arbeitsmarktintegration\\_Fluechtlinge.pdf](https://www.wib-potsdam.de/wp-content/uploads/2016/06/Arbeitsmarktintegration_Fluechtlinge.pdf). Geprüft 26.7.2017. S.10.

<sup>84</sup> Brücker, Herbert / Rother, Nina / Schupp, Jürgen (Hrsg.) (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf?__blob=publicationFile). Geprüft 2.8.2017. S.7.

<sup>85</sup> Ebd.

<sup>86</sup> Siehe oben, Kapitel „Integrations- und Deutschkurse für Flüchtlinge“.

also auch Menschen aus „sicheren Herkunftsländern“.<sup>87</sup> Sie könnten über andere Wege einen Aufenthaltsstatus erhalten und durch schon vorhandene Sprachkenntnisse schneller Teil der Gesellschaft werden.

Der Anteil an Personen aus nichteuropäischen Asylzugangsländern, die an einem Integrations- und Sprachkurs und in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen, ist im Vergleich zum März 2016 deutlich gestiegen. Anstiege zeigen sich auch in beiden Rechtskreisen (SGB II und III). Leistungen nach SGB II erhielten, mit ca. 800.000 Personen, doppelt so viele Leistungsempfänger wie im Vorjahr.<sup>88</sup> Zwei Drittel der geförderten Geflüchteten nehmen an einer Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung teil. Dazu befanden sich im März 2017 rund 166.000 Schutzsuchende in einer sogenannten Fremdförderung, also Maßnahmen wie den Integrationskurse des BAMF oder Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen im Rahmen eines Bundesprogrammes.<sup>89</sup>

## Herausforderungen

Während Qualifizierungen, die einer Hochschulzugangsberechtigung entsprechen, bei Flüchtlingen in etwa so häufig wie bei Deutschen vorhanden sind, ist der Anteil der gering Qualifizierten sehr viel höher. Dies wirkt sich negativ auf die Integration in den Arbeitsmarkt aus. Dennoch sind Prognosen für die Arbeitsmarktintegration positiv. Rechtliche Änderungen, die den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert und die Rechtssicherheit gestärkt haben, sind wichtige Schritte hin zur besseren Integration.

Eine wichtige Aufgabe ist die Feststellung und Anerkennung von Kompetenzen und Qualifizierungen. Als zentral wird insbesondere der schnelle Erwerb der deutschen Sprache gesehen, wenn möglich auch parallel zur Erwerbstätigkeit.<sup>90</sup> Um Frauen gleiche Bildungschancen zu geben, sollten eine frühzeitige Kinderbetreuung und auf sie zugeschnittene Angebote geschaffen werden. Fördernde Angeboten sollten auch für eine Erleichterung des Berufseinstiegs von traumatisierten und behinderten Flüchtlingen geschaffen werden.

---

<sup>87</sup> Aumüller, Jutta (2016): Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen: bestehende Praxisansätze und weiterführende Empfehlungen. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. [https://www.wib-potsdam.de/wp-content/uploads/2016/06/Arbeitsmarktintegration\\_Fluechtlinge.pdf](https://www.wib-potsdam.de/wp-content/uploads/2016/06/Arbeitsmarktintegration_Fluechtlinge.pdf). Geprüft 26.7.2017. S. 18.

<sup>88</sup> BA (2017a) - Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung, Berichte: Arbeitsmarkt kompakt – Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt, Nürnberg, Juni 2017. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Generische-Publikationen/Auswirkungen-der-Migration-auf-den-Arbeitsmarkt.pdf>. Geprüft 27.7.2017. S. 13.

<sup>89</sup> BA (2017b) - Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung, Berichte: Arbeitsmarkt kompakt – Fluchtmigration, Nürnberg, Juni 2017. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Generische-Publikationen/Fluchtmigration.pdf>. Geprüft 5.8.2017. S. 13, S. 18 f.

<sup>90</sup> Siehe für Empfehlungen auch Aumüller, Jutta (2016): Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen: bestehende Praxisansätze und weiterführende Empfehlungen. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. [https://www.wib-potsdam.de/wp-content/uploads/2016/06/Arbeitsmarktintegration\\_Fluechtlinge.pdf](https://www.wib-potsdam.de/wp-content/uploads/2016/06/Arbeitsmarktintegration_Fluechtlinge.pdf). Geprüft 26.7.2017. Brücker, Herbert / Rother, Nina / Schupp, Jürgen (Hrsg.) (2016): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. [https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf?__blob=publicationFile). Geprüft 2.8.2017.

Zu den Herausforderungen an das Einwanderungsland Deutschland gehören eine Ausweitung der umfassenden Integrationsmaßnahmen, die für Flüchtlinge mit hoher Bleibeperspektive geschaffen wurden, auch auf Personen mit sogenannter geringer Bleibeperspektive und Asylbewerber aus „sicheren Herkunftsstaaten“.

## FAZIT

Die Bundesrepublik hat eine historisch hohe Zahl an Schutzsuchenden aufgenommen, Asylantragstellungen bearbeitet und vielen Menschen Asyl gewährt. Der starke Anstieg bei der Zahl der Asylanträge 2015 stellte viele Institutionen vor große Herausforderungen. Das BAMF reagierte unter anderem mit einer Prozessoptimierung, die einen geringen Schutz für viele Geflüchtete zur Folge hatte. Insbesondere die Unterscheidung in hohe und niedrige Bleibeperspektiven hat Auswirkungen nicht nur auf die Entscheidungen im Asylprozess, sondern auch auf die Integrationschancen.

Wohnsitzauflagen sollten überdacht und flexiblere Alternativen in Betracht gezogen werden, um ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und eine Integration zu beschleunigen. Generell, nicht nur in Bezug auf geflüchtete Personen, sollte Menschen in Deutschland ein bezahlbares Wohnen ermöglicht werden, unter anderem um eine Konkurrenzsituation zwischen schon in Deutschland sesshaften Geringverdienern und neuzugezogenen Geflüchteten zu vermeiden.

Wenn Deutschland den Neuangekommenen eine Möglichkeit für eine dauerhafte und schnelle Integration und Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen möchte, müsste der Zugang zu qualitativ guten Deutschkursen möglichst schnell für alle Asylbewerber ermöglicht werden. Sowohl in Schulen als auch bei der Erwerbsarbeit sollte der Sprachunterricht nicht vorweg, sondern in und parallel zu den regulären Klassen beziehungsweise der Ausbildung oder Arbeit stattfinden. Es werden mehr ausgebildete DaF-Lehrkräfte benötigt, die Vergrößerung der Klassen ist zu überdenken und eine angemessene Bezahlung an die Lehrkräfte zu gewährleisten.

Das berufliche Potenzial der Geflüchteten sollte, unter anderem durch eine schnelle Anerkennung von Berufsabschlüssen und nichtformeller Berufserfahrung, genutzt werden und durch flexible Bildungsmöglichkeiten unterstützt werden.

Neben den noch bestehenden Herausforderungen sind insbesondere die vielen Schritte und der große Fortschritt hervorzuheben. Die Integrationspolitik und -praxis hat in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen einen Innovationsschub erlebt. Neue Modelle, Kooperationen und Praktiken wurden entwickelt und sollten, sofern sie sich bewährt haben, nicht eine vorübergehende Reaktion auf die Ereignisse von 2015 bleiben. Insgesamt können Institutionen, Politik und Gesellschaft die Erfahrungen und Lehren der letzten Jahre nutzen, um über die kurzfristigen Herausforderungen hinaus, das Einwanderungsland Deutschland langfristig integrationsfähiger zu machen.